



Ausschuss für Frauenpolitik

50. Sitzung (öffentlich)

12. November 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 11:25 Uhr

Vorsitz: Elke Rühl (CDU)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Einzelplan 15

Vorlagen 14/2809, 14/2823, 14/2917 und 14/2944

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss stimmt nach der Antragsberatung dem Einzelplan 15 – Zuständigkeitsbereich des Frauenausschusses – mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert zu.

**2 Studium, Berufseinstieg und Beschäftigungssituation von Frauen in
Natur- und Ingenieurwissenschaften in den EU-Ländern 7**

Vorlage 14/2983

– Bericht der Landesregierung

– Bericht von Minister Armin Laschet (MGFFI) 7

– Diskussion 9

Nächste Sitzung: 10. Dezember 2009 13

* * *

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Einzelplan 15

Vorlagen 14/2809, 14/2823, 14/2917 und 14/2944

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzende Elke Rühl leitet ein, die offenen Fragen aus der Detailberatung der letzten Sitzung seien von der Landesregierung beantwortet und mit Vorlage 14/2944 verteilt worden. Sechs Änderungsanträge der SPD-Fraktion sowie acht Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 15 lägen als Tischvorlage vor.

(Hinweis: In diesem Protokoll sind nur die über die schriftliche Begründung der einzelnen Änderungsanträge hinausgehenden Argumente vermerkt. Die Anträge und die entsprechenden Abstimmungsergebnisse sind der Vorlage 14/2977 zu entnehmen.)

Zu lfd. Nr. 1 – Antrag der Fraktion der SPD

Gerda Kieninger (SPD) weist darauf hin, dass es sich bei diesem Antrag um einen Deckungsantrag für folgende Anträge handele.

Barbara Steffens (GRÜNE) bemängelt, dass hier die Mittel zur Finanzierung aus dem Frauenhaushalt selbst erbracht würden. Deshalb lehne ihre Fraktion diesen Deckungsvorschlag ab.

Maria Westerhorstmann (CDU) meint, da auch die Internetangebote Geld kosteten, werde ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Zu lfd. Nr. 2 – Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu lfd. Nr. 3 – Antrag der Fraktion der SPD

Gerda Kieninger (SPD) verweist auf eine entsprechende Kampagne der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser, aus der deutlich hervorgehe, dass die gegen-

wärtige Finanzierung der Frauenhäuser nicht ausreiche. Die vierte Fachstelle sollte in den Frauenhäusern wieder eingeführt werden, da diese sonst nicht in der Lage seien, „rund um die Uhr“ Frauen in Notsituationen aufzunehmen.

In dem Zusammenhang verweise sie darauf, dass im letzten Jahr 5.000 Frauen keinen Platz in einem Frauenhaus hätten finden können. Ein Deckungsantrag folge an anderer Stelle. Dem Antrag der Grünen werde man sich aufgrund einer fehlenden Deckung enthalten.

Barbara Steffens (GRÜNE) erklärt, die Deckungsvorschläge zu den Anträgen würden aus dem Gesamthaushalt erbracht und geschlossen im HFA vorgelegt. Auf keinen Fall kämen die Deckungen aus dem Frauenhaushalt selbst, da dieser auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten werden solle.

Zur Begründung des Grünen-Antrags unterstreicht sie, dass es neben der wieder eingestellten zweiten Fachkraftstelle notwendig sei, für einen Ausgleich bei den gestiegenen Energie- und Personalkosten zu sorgen. Deshalb fordere ihre Fraktion bei den Sachkostenausgaben eine entsprechende Erhöhung.

Zu lfd. Nr. 4 – Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gerda Kieninger (SPD) kündigt für ihre Fraktion an, dass man sich bei allen Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufgrund der fehlenden Deckungsanträge enthalten werde.

Zu lfd. Nr. 5 – Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Barbara Steffens (GRÜNE) führt unterstützend zur vorliegenden schriftlichen Begründung an, dass Minister Laschet ebenfalls eine perspektivische Erhöhung als dringend bezeichnet habe.

Zu lfd. Nr. 6 – Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu lfd. Nr. 7 – Antrag der Fraktion der SPD

Barbara Steffens (GRÜNE) nennt als Ergänzung zur schriftlichen Begründung bezüglich der in dem Antrag geforderten Erhöhung die Gewaltschutzstudie des Bundes.

Zu lfd. Nr. 8 – Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Barbara Steffens (GRÜNE) fügt der schriftlichen Begründung hinzu, dass es beim Thema Genitalverstümmelung Bedarf für eine spezielle Beratungsstelle gebe. Auch Frau Westerhorstmann habe am runden Tisch erklärt, dass man diesbezüglich zu einer Finanzierung kommen müsse. Bisher seien die Mittel lediglich aus Projektmitteln geflossen. Das sei zu wenig.

Zu lfd. Nr. 9 – Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Barbara Steffens (GRÜNE) sieht bei der Finanzierung in diesem Bereich eine absolute Unterfinanzierung.

Zu lfd. Nr. 10 – Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Barbara Steffens (GRÜNE) erläutert, die Erhöhung des Ansatzes für 2010 diene einer neuen, tragfähigen Struktur, um neue Beratungsstrukturen im Land unter Nutzung von EU-Mitteln in Nordrhein-Westfalen wieder auf den Weg zu bringen.

Zu lfd. Nr. 11 – Antrag der SPD-Fraktion

Gerda Kieninger (SPD) erklärt, hierbei handele es sich um einen Deckungsantrag. Die Kürzung könne an dieser Stelle deshalb erfolgen, weil die Unterhaltsvorschussleistungen seit Jahren rückläufig seien. Die Mittel wolle man insbesondere bei der Schwangerenkonfliktberatung – siehe Antrag Nr. 12 – einsetzen.

Barbara Steffens (GRÜNE) verweist auf den Koalitionsvertrag im Bund, wonach der Anspruch auf Unterhaltsvorschussleistungen von zwölf auf 14 Jahren erhöht werden solle. Deshalb halte sie es für verantwortungslos, Mittel an dieser Stelle zu kürzen, da man nicht wisse, was in welchem Umfang auf das Land zukomme.

Der Ausschuss stimmt nach der Antragsberatung dem Einzelplan 15 – Zuständigkeitsbereich des Frauenausschusses – mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert zu.

Barbara Steffens (GRÜNE) merkt nach der Abstimmung über den Einzelplan 15 – Zuständigkeitsbereich des Frauenausschusses – im Rahmen der Haushaltsberatungen an, die Beantwortung von in der letzten Sitzung gestellten Fragen mit Schreiben vom 4. November sei nicht zufriedenstellend beantwortet. Dies betreffe insbesondere die Frage nach dem Wohnungslosenprogramm. Sie habe explizit wissen wollen, welche Strukturen mit dem von der Landesregierung in die Wege geleiteten neuen Programm geschaffen und wie viele Mittel dafür verausgabt worden und wie viel in die Wohnungslosenprojekte geflossen seien.

Nach ihrem Sachstand sei 2009 noch nichts an Projektmitteln geflossen. Aufgrund der vehementen Nachfragen werde nun wohl überlegt, dass noch schnell in diesem Jahr Mittel verausgabt werden können.

Vor diesem Hintergrund habe ihre Fraktion in den diesjährigen Haushaltsberatungen erneut gefordert, dass dieses Programm ins Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales überführt werde, weil es dort sozial eingebettet auch umgesetzt werde. Sie

bitte darum, dass die Frage nun mündlich oder schriftlich beantwortet werde. – **Minister Armin Laschet (MGFFI)** sagt eine Antwort in schriftlicher Form* zu.

* Siehe Vorlage 14/3042